

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene  
Millimeterzeile für Arbeitsgehalte 20 Goldpfennig, für Arbeitsan-  
gebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metall-  
arbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366  
und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zu-  
sch. Listen u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 50

Duisburg, den 12. Dezember 1925

26. Jahrgang

## Die europäische Wirtschaftsnot

Was wir heute an Krisenunwettern über unser Land herziehen sehen, ist nicht allein eine deutsche Wirtschaftskrise, sondern eine europäische Wirtschaftskrise, die ihre Konsequenzen natürlich auf die ganze Weltwirtschaft ausübt.

Wir sprechen von Kreditkrisen, Vertrauenskrisen, unzureichender Betriebsorganisation, Fehlen von Betriebsmitteln, aber das sind alles nur Teilercheinungen eines ungeheuren neuen und unter größten Auswirkungen sich vollziehenden wirtschaftlichen Umstellungsprozesses.

So ist denn die heutige Krise vor allem in zwei Faktoren begründet

1. in der Ueberschätzung des Bedarfs über die vorhandene Kaufkraft und
2. in der Verschiebung der industriellen Produktionspole.

Allgemein ist während des Krieges schon der nach dem Friedensschluß mögliche Absatz ganz gewaltig überschätzt worden. Man beging den Fehler, vom wirklichen Bedarf der Vorkriegszeit samt der durch den Krieg in weitem Maße erschlossenen neuen Märkte auszugehen, statt von der wirklich vorhandenen Kaufkraft und der neugeschaffenen politischen Lage. Aber diese Mehrproduktion traf um so mehr noch auf verringerte Absatzmöglichkeiten, als der Versailles-Vertrag ja den wirtschaftlichen Kern Europas vollständig brachgelegt hatte. Der mitteleuropäische Markt ist bis heute noch stark hinter der Aufnahme der Vorkriegszeit zurückgeblieben. Dazu kam, daß neue Staatengebilde entstanden, die natürlich noch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vermehrten. Neue Grenzmauern, neue Zölle. Diese neuen Länder haben z. T. nicht genug Boden, um sich selbst zu ernähren, müssen also zur industriellen Ausfuhr greifen, um dadurch die Einfuhr von Lebensmitteln zu ermöglichen.

Ferner sehen wir heute eine Anzahl Länder in Europa sich z. B. eigene Schwerindustrien anlegen, die überhaupt keine Rohstoffbasis haben. Holland hat sich bei Rotterdam eine große eigene Hochöfenanlage geschaffen, deren Produktion von Holland allein aber gar nicht aufgenommen werden kann, sondern den Weg auf den Weltmarkt nehmen muß, wo bekanntlich die Preise sehr niedrig sind. Italien hat sich sogar ein eigenes Ministerium für nationale Wirtschaft zugelegt und gibt riesige Summen für seine Schwerindustrie aus, obwohl es auch nicht die geringste Rohstoffbasis besitzt. Wir haben es also mit einer Ueberspannung des Gedankens der sog. nationalen Wirtschaft zu tun, der sich übrigens östlich von Deutschland in den Randstaaten auch bemerkbar macht. Aber über solche Mißgestaltungen und Ueberspannungen geht der Schritt der Wirtschaft hinweg, wie es sich heute bereits in Polen in umfangreichem Maße zeigt.

Alle diese Länder haben ohne Zweifel die Kaufkraft erheblich höher eingeschätzt, als sie wirklich war, und sie beginnen schwer darunter zu tragen.

Aber diese Ueberspannung des nationalen Wirtschaftsgebildens würde sich für die europäische Wirtschaft noch nicht so gefährlich bemerkbar gemacht haben, wenn das alte Uebergewicht Europas auf dem Weltmarkt bestehen geblieben wäre. Statt dessen aber hat sich eine vollständige Verschiebung der Produktionspole nach dem Kriege bemerkbar gemacht. Der Osten und der Westen, Asien und Amerika, sind in den schärfsten Konkurrenzkampf mit Europa getreten. Sie haben sich „selbständig“ gemacht. Chamberlain sagte 1902 einmal zu seinen englischen Landsleuten das Wort vom „gefährlichen wirtschaftlichen Erben“, von dem kein Industrieland verschont bliebe, und wies damit auf Deutschland. Heute beginnen Asien und Amerika durch den Weltkrieg die Erben Europas zu werden. „Das Verlangen außereuropäischer Völker nach der europäischen Zivilisation ist im Grunde gar nichts anderes, als der Drang, endlich von Europa loszukommen“, schreiben wir vor zwei Jahren an dieser Stelle. Die Stunde scheint gekommen.

Wir wollen nur einmal die Roheisenproduktion herausgreifen. An der Weltroheisenerzeugung waren 1913 Deutschland, Frankreich, Belgien, England und Nordamerika beteiligt mit 81,4 Prozent. 1924 jedoch mit 86 Prozent. Der Anteil der europäischen Länder ist aber zurückgegangen von 58,3 Prozent 1913 auf 48 Prozent 1924. Der Gewinn kam auf Amerika. An der Weltroheisenerzeugung waren 1913 die fünf Länder beteiligt mit 87 Prozent, im Jahre 1924 mit 89 Prozent. Der europäische Anteil aber ist gesunken von 56 Prozent auf 48,4 Prozent. Den Gewinn hat U. S. A.

Daneben sind aber noch andere Länder als beachtenswerte Gegner auf den Weltmärkten getreten, die infolge ihrer niedrigen Getreidekosten Roheisen und Rohstahl natürlich billig auf den Weltmarkt werfen.

Wir können heute eine zunehmende Einfuhr indischer Roheisens nach Deutschland feststellen. Das Eisen ist guter Qualität und so billig, daß die Einfuhr nach Deutschland trotz des Roheisenzolles, trotz der Frachten usw., noch möglich ist. (Bergwerkszeitsung.)

Wenn früher die guten brasilianischen Erze nach Europa kam, hier verarbeitet wurden und als Roheisen, Halb-

zeug oder Fertigware nach Brasilien zurückwanderten, so wird heute schon ein bedeutender Teil der brasilianischen Erzförderung in Brasilien selbst verhütet und verarbeitet. Dadurch wird für europäische Güter der Weg nach Brasilien z. T. schon verstopft und es dürfte nicht lange dauern, wird Brasilien als ernsthafter Konkurrent auf dem Weltroheisenmarkt stehen.

Ähnlich geht es heute schon in der Roheisenproduktion in China, Japan und auch Rußland zu. Dabei sitzen alle diese Länder auf selten guter Rohstoffbasis. Man dürfte also in Zukunft mit einer nicht unerheblichen Steigerung der Weltroheisenproduktion zu rechnen haben. Die europäische Eisenindustrie wird gut tun, sich beizeiten auf die veränderten Verhältnisse einzurichten, d. h. in verstärktem Maße auf Qualitätssarbeit in jeder Form einzustellen. Dabei braucht keineswegs nur an Fertigerzeugnisse, Maschinen usw., gedacht zu werden, es sollte auch der Massenerstellung der sog. Walzergzeugnisse der Qualität erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das wichtigste Aktivum der europäischen Eisenerzeuger gegenüber den neuen wird nach wie vor die technische Ueberlegenheit sein.

Auf dem Markt der Baumwolle und ihrer Verarbeitung machen sich ähnliche Verschiebungen bemerkbar.

Auf der letzten Tagung der Eisenhüttenleute sagte Wöglers mit Recht, es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß die Welt nicht in der Lage sein werde, größere Mengen Eisen als in der Friedenszeit anzunehmen. Das liegt durchaus im Bereiche des Möglichen. Aber wir vermüssen die konsequente Fortsetzung des Gedankens Wöglers, daß eine solche Hebung der Eisenproduktion doch eine Hebung des Verbrauchs zur Voraussetzung hat. Diese Hebung der Verbrauchs ist aber doch bedingt durch eine Vergrößerung der Kaufkraft der Gesamtschichten der Bevölkerung. Diese erreicht man aber doch nur durch Preisabbau oder durch Lohnerhöhung.

Die Frage des Blühens der Eisen- und Metallindustrie berührt auf das tiefste die Lebensfrage der deutschen Wirtschaft überhaupt, nicht nur weil sie das Schicksal der deutschen Wirtschaft darstellt, sondern weil sie als Exportindustrie den wirtschaftlichen Lebensstrom Deutschlands überhaupt mit am Laufen halten.

Auf das engste zusammen mit der Steigerung der Eisenproduktion hängt die Verbreiterung der landwirtschaftlichen Produktion zusammen. Die Möglichkeit einer Intensivierung der Landwirtschaft ist noch nicht ausgeschöpft. Die deutsche Kaliindustrie hat zielbewußt auf eine stärkere Nutzung des landwirtschaftlichen Bodens hingearbeitet. Man denke nur daran, welche Möglichkeiten z. B. Rußland noch bietet. Aber neben der intensiveren künstlichen Düngung ist auch auf eine größere betriebliche Rationalisierung der Landwirtschaft durch gesteigerte Verwendung von Maschinen hinzuwirken. Das ist natürlich eine Kapitalfrage und für die Bauern kommen nur langfristige Kredite in Frage. Die deutsche Kaliindustrie hat durch Bereitstellen des sog. Kalikredites für die deutsche Landwirtschaft dieser doch immerhin erhebliche Summen zur Verfügung stellen können. Die Regierung wird ebenfalls mehr als bisher tun müssen. Ob die Eisenindustrie nicht das eines Tages auch wird tun müssen?

Denn Eisenindustrie und Landwirtschaft hängen auf das engste zusammen. Seit jeher ist die Landwirtschaft einer der besten Kunden, wenn nicht der beste, der Eisenindustrie gewesen. Aus dem Grunde sollte auch die Metallarbeiterchaft am Blühen der Landwirtschaft das größte Interesse haben.

Aber die Wirtschaft eines europäischen Landes allein wird sich nicht heben, wenn nicht allgemein die europäische Wirtschaft besser läuft. Aber dem stehen augenblicklich noch die Schwierigkeiten, die sich aus dem Versailler Vertrag ergeben, gegenüber. Und trotzdem ist eine Verständigung über den Gesamtlauf der europäischen Wirtschaft gegenüber der Selbständigmachung der außereuropäischen Länder und Erdteile das dringendste Gebot der Stunde. Nun wird ja nach wie vor die nationale Wirtschaft und ihre Erfordernisse die Keimzelle der internationalen Wirtschaft abgeben und abgeben müssen. Wir geben uns nicht der vagen Hoffnung hin, als ob eine internationale Wirtschaftsform im Sinne der Sozialisten wirklich inneres Leben zeitigen würde. Aber daß wir in der europäischen Wirtschaft nur durch gegenseitige Verständigung und Verträge überhaupt erst die Basis für ein neues Blühen schaffen, das wird auch von maßgebenden Wirtschaftskreisen betont. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß der extreme nationalistische Gedanke zurückgedrängt wird und das wahrhaft gesunde nationale Wirken an dessen Stelle tritt. Letzteres scheint den Anfang gemacht zu haben. Hoffen wir, daß sein Geist sich endlich auswirkt.

Wir sprachen in London mit Norman Angell, dem bekannten „englischen Pazifisten“, über die Frage einer gewissen wirtschaftlichen engeren Zusammenarbeit in Europa und trugen unsere Befürchtungen vor über den Widerstand des Nationalismus gegen solche Zusammenarbeit. Da sagte Angell, auf das rasende Emporstreben der amerikanischen und asiatischen Wirtschaftskräfte hinweisend, mit dumpfer Stimme: „Dann fröhlich wären Europa und die europäische Kultur ein erledigter Fall.“

## Auch der Anfang ist nicht schwer,

wenn mit der notwendigen Energie vorgegangen wird. So ist es auch in der Hausagitation. Man hat da Angst vor dem Anfang. Wenn er aber erst mal einen „gefischt“ hat, dann steigt sein Mut. Was an manchen Stellen, selbst mit ganz neuen Vertrauensleuten erreicht wird, zeigen die Ergebnisse in der Hausagitation bei manchen Verwaltungsstellen.

Heute wollen wir nur die Ergebnisse der Hausagitation von Bochum und Dortmund unserer Kollegen als Beispiel vor Augen führen.

Bochum: An vier Sonntagen im November, durchschnittlich 18 Vertrauensleute.  
Aufgenommen 26.  
Uebertritte 6.

Dortmund: An einer Hausagitation im November, bei einer Beteiligung von 21 Vertrauensleuten.  
Aufnahmen 9.  
Uebertritte 7.

Man sieht, es geht also doch, wenn nur kräftig in die Speichen gefaßt wird. Die Ortsverwaltungen werden im Grunde ihres Gehirns mit dem Erfolg doch noch nicht ganz zufrieden sein. Das soll ja auch nur der Auftakt sein zu weiterer fruchtbringender Arbeit.

## Was geschieht für unsere Kurzarbeiter und Erwerbslosen?

Der unerwartet heftig aufgetretene Winter hat für die ohnehin in äußerst spärlichen Verhältnissen lebenden Kurzarbeiter und Erwerbslosen eine neue Verschärfung der Lage gebracht. Es fehlt an Kohlen, Nahrung, Kleidung usw., und auch die von einigen Städten geschaffenen Erwerbslosenzentren, auf die sich der Erwerbslose ein bestimmtes Quantum Waren holen kann, können kaum das Nötigste decken. Nach der anderen Seite hin haben sich fast alle Städte überraschen lassen und Einrichtungen für die sog. produktive Erwerbslosenfürsorge nur sehr wenig getroffen.

Zu der Frage der Kurzarbeiter- und Erwerbslosenfürsorge hat in einer großen Versammlung unsere Essener Ortsverwaltung am 2. Dezember Stellung genommen. Sie nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 2. Dezember im kath. Vereinshaus Essen-West stattgefundenen außerordentlich stark besuchte Versammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes ersucht die deutsche Reichsregierung, baldmöglichst für die in Kurzarbeit beschäftigten Arbeiter eine Kurzarbeiterunterstützung einzuführen. Die Notlage der Kurzarbeiter ist bis aufs Äußerste gestiegen und ist bei vielen größer als bei den vollständig Erwerbslosen.“

Die Metallarbeiter ersuchen die deutsche Reichsregierung, bevor eine Erhöhung der Beamtgehälter vorgenommen wird, erst die große Notlage in der Arbeiterchaft besichtigen zu helfen. Die Versammlung stellt sich einmütig auf den Boden des am 1. Dezember in der Essener Stadtverordnetenversammlung angenommenen Antrages, wonach der Herr Oberbürgermeister der Stadt Essen ersucht wird, bei der Reichs- und Staatsregierung dahingehend nachdrücklich zu werden, daß die schonbar in Aussicht genommene Erhöhung der Gehälter der Reichs- und Staats- und Kommunalbeamten zurzeit nicht durchgeführt wird.

Die Versammlung ersucht ferner die Reichsregierung, die Bestimmung, wonach der Bezug von Erwerbslosenunterstützung von der Bedürftigkeit abhängig zu machen ist, zu beseitigen, da diese Bestimmung in vielen Familien zur großen Notlage geführt hat und auch ungerichtet wirkt. Das in den einzelnen Städten auf Grund der Bedürftigkeitsbestimmungen festgelegte Existenzminimum ist so niedrig bemessen, daß es unmöglich ist, damit auch nur die allernotwendigsten Gebrauchsartikel anzuschaffen. Große Teile der Arbeiterchaft, die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge bezahlt haben, werden so trotz großer Bedürftigkeit von dem Bezuge der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Es muß der Grundlag angewandt werden, daß derjenige, der Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zahlt, auch das Recht hat, im Falle von Erwerbslosigkeit Unterstützung zu beziehen.“

Wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, hat der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für die Hauptunterstützungsempfänger um 30% vorgeesehen. Die Reichsregierung wird sich damit jetzt befassen. Wenn das auch immerhin etwas bedeutet, so müssen wir doch sagen, daß die Erhöhung trotzdem nicht befriedigen kann. Ebenso bedeutungsvoll ist aber auch die Frage, was dann eigentlich mit den Kurzarbeitern geschieht, die mehrere Tage in der Woche nicht arbeiten können. Dafür muß endlich etwas geschehen, sonst stehen diese Arbeiter sich schlechter als die eigentlichen Erwerbslosen. Noch länger warten können die Kurzarbeiter wirklich nicht!

## Keine Verzettelung

Diejenigen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die nicht nur in der lebenserhaltenden Arbeit der Bewegung deren Aufgabenbereich haben, haben erfreut aufgetaucht, als der Kongress in Essen neue Wege zur Stärkung des Arbeitereinflusses aufzeigte. In dieser Hinsicht besonders bedeutsam waren die Beschlüsse, eine eigene Tageszeitung zu schaffen und ein eigenes Bankinstitut zu errichten. Beides ist geschehen. Wir haben heute

eine eigene Zeitung: „Der Deutsche“ und wir haben heute ein eigenes Bankinstitut: „Die Deutsche Volksbank“.

Leider wird das nicht allseits erkannt, manchmal sogar bewusst anders dargestellt. Demgegenüber müssen wir mit aller Deutlichkeit betonen: Nur „Der Deutsche“ ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers.

Das gleiche gilt bezüglich unserer „Deutschen Volksbank“. Sie ist gegründet als die Bank unserer Bewegung. Sie soll die gesamte Kapitalkraft unserer Bewegung, die Spartkraft unserer Mitglieder konzentrieren, das zusammenschließende Kapital unter der Direktion unserer Bewegung zur Stärkung unseres Einflusses in der Wirtschaft und auf sie auswirken.

Wir müssen als christlich-nationale Gesamtbewegung unsere innere Verbundenheit auch betonen durch einheitliches Vekenntnis zu den aufgestellten Zielen. Weil wir wissen, was „Der Deutsche“ und „Die Deutsche Volksbank“ für die gesamte Bewegung bedeuten, halten wir ihre nachdrücklichste Unterstützung und Förderung für eine ernste Pflicht aller Glieder der Gesamtbewegung.

Fachkurse unseres Verbandes

Wir haben nebensächlich einen bedeutungsvollen Artikel von Prof. Freund über die Fachausbildung des Werkstättenmannes. Die Gewerkschaftsbewegung hat seit jeher auf die fachliche Weiterbildung der Arbeiterschaft das allergrößte Gewicht gelegt.

Was innerhalb der Branchenbewegung an fachlicher Ausbildung geschieht, ist ohne Zweifel bemerkenswert und ein Zeichen, wie ernst der Verband es mit der Ausbildung seiner Kollegen meint.

Stoffplan für einen Elektrikerlehrling

Grundgesetze der Gleichstromtechnik. Der einfache Stromkreis. Widerstand und Leitfähigkeit. Die Wirkungen des letr. Stromes. Das Ohm'sche Gesetz, die Kirchhoff'schen Sätze, Schaltung von Stromquellen und Stromverbrauchern. Schaltung von Widerständen. Der Spannungsfall. Das Berechnen von Leistungen. Die elektr. Leistung. Das Joule'sche Gesetz.

Gleichstrommaschinen. Aufbau und Verhalten der Maschinen und Motoren im Betriebe.

Akkumulatoren. Die Zerkleinerungszelle als sekundäres Element. Der Ladeprozess. Der Zellenzustand. Bedienungsvorschriften.

Grundgesetze der Wechselstromtechnik. Entstehung des Wechselstromes, Verlauf desselben. Ursachenverhältnisse zwischen Spannung und Strom. Das Ohm'sche Gesetz für Wechselstrom. Einphasen- und Zweiphasen- und Dreiphasenstrom. Stern- und Dreieckschaltung. Drehstromgeneratoren. Aufbau und Betrieb. Das Parallelschalten von Generatoren. Das Drehfeld. Der Drehstrommotor. Asynchronmotor — Synchronmotor. Verhalten im Betriebe. Der kompensierte Motor.

Transformatoren. Aufbau und Verhalten im Betrieb. Das Parallelschalten von Transformatoren.

Informier. Notierende, ruhende Umformer, Querschnittsrichtiger. Winterprogramm der Mechaniker.

- 1 Teil. 1. Metalle, Legierungen vom Erz bis zum Fertigprodukt. 2. Maße, Messen, Werkzeuge, Gewindelehren, Schließungen. 3. Herstellen von Werkzeugen, Bohren, Harten, Löten. 4. Arbeiten an Maschinen, Drehbänken, Schreibmaschinen, Fräsbänken usw. 2 Teil. 1. Die Anfertigung der Schreibmaschine in der Fabrik, Arbeitsgänge, Methoden, Mercedes-Schreibmaschine, Mercedes-Elektira.

- 3. Teil. Die Anfertigung der Mercedes-Enklib-Rechenmaschine in der Fabrik. 4. Teil. 1. Verwendbarkeit der Schreibmaschine in der Praxis. 2. Vergleich über Vorzüge und Nachteile der einzelnen Systeme. 3. Beschreibung und Zweck der einzelnen Schaltkörper. 4. Arbeitsgang einer gründlichen Reparatur. 5. Kontrolle von reparierten Maschinen. 6. Erklärungen an Hand von Modellen und Zeichnungen.

Unterrichtsstufus über Kalkulation in Groß- und Kleinbetrieben. Vortragsfolge.

- 1. Grundbegriffe der Kalkulation: Vorkalkulation — Nachkalkulation — Unrichtige Kalkulation — Richtige Kalkulation. 2. Aufbau der Kalkulation: Materialkosten — Lohnkosten — Generalunkosten. 3. Materialkosten. 4. Lohnkosten: Produktive Löhne, unproduktive Löhne, Lehrlingslöhne. Die wichtigsten Lohnsysteme — Zeillohn, Stücklohn, Prämienlohn. 5. Geschäftskosten: Verzinsung des Anlagekapitals, Abschreibungen an Gebäuden, Maschinen, Werkzeugen usw. 6. Unkostenberechnung für verschiedene Betriebe. a) Unternehmer arbeitet ohne Gehilfe, ohne Lehrling. (Die mech. Werkstatt ist mit den notwendigsten modernen Maschinen eingerechnet.) b) Der Unternehmer arbeitet als Meister mit 3 Gehilfen und 3 Lehrlingen. c) Unkostenberechnung einer kleinen Maschinenfabrik für 35 Angestellte und Arbeiter. d) Unkostenberechnung für eine Spezialfabrik. Die Kalkulation in guter und schlechter Geschäftslage. Der Geschäftsgewinn. — Gegenüberstellung eines schuldenfreien Betriebes mit einem durch Hypothek belasteten Betriebe.

Solche Kurse haben sich stets als fruchtbringend erwiesen. Sie müssen noch weiter ausgebaut werden. Aber solche Kurse kosten erhebliche Gelder. Für nichts hat man keine Spezialisten, die Vorträge halten. Haben das unsere Kollegen auch schon mal bedacht? Wer den geistigen und materiellen Aufstieg der Arbeiterschaft will, wird auch einsehen, daß das ohne starke Finanzen des Verbandes

nicht möglich ist. Und trotzdem! Wieviele zahlen in Beitragsklassen, in die sie gar nicht hineingehören, wieviele drücken sich an der pünktlichen Zahlung vorbei! Damit erringt sich die Arbeiterschaft nicht die ihr zukommende Stellung. Berufliche und grundsätzliche Schulung, Arbeit im Verband, finanzielle Förderung des Verbandes, das sind die Mittel, durch die die Metallarbeiterschaft wirklich gleichberechtigt eingegliedert werden kann.

Bankrott und industrieller Betrieb

Sinn der Bank ist Spekulation, Sinn des Betriebes Produktion. Daran hindert nicht, daß in Zeiten der Inflation auch einmal der Sinn des Betriebes in sein Gegenteil verkehrt wurde. Es ist immer von folgendem Charakter Erscheinungen gewesen, wenn die Bankwelt sich zum Beherrschenden der wirtschaftlichen Kräfte eines Landes aufwirft und die industriellen Betriebe nach ihrem Gutdünken stilllegen oder weiterlaufen lassen kann.

Vor den Gläubigern der Aga und zugleich vor der Presse hat der mit der Geschäftsaufsicht betraut gewesene Kommerzienrat Manasse und der zu seiner Unterstützung bisher fungierende Gläubigerbeirat über die Vorgänge bei der jetzt in Konkurs gegangenen Gesellschaft und zugleich über die eigene Tätigkeit vor einigen Tagen (Industrie- und Handelszeitung, 28. Nov.) Bericht erstattet.

Nach den Ausführungen des Herrn Kommerzienrats Manasse mußte bei Uebernahme der Geschäftsaufsicht zunächst ein irregulärer Zustand insofern festgestellt werden, als weittragende Beschlüsse, Generalversammlungen usw., weder ordnungsmäßig festgelegt noch durchgeführt waren. Es entstand deshalb zunächst die Aufgabe, diese Unterlassungen wieder gut zu machen. Da sich das Werk als durchaus arbeits- und sanierungsfähig ergab, wurde der Betrieb wieder aufrecht erhalten, so daß 400 lieferungsfähige Wagen hergestellt wurden. Inzwischen war die Hauptaufgabe, das notwendige Betriebskapital von dem Stützungs-Konjunktium für die Hugo-Stinnes-G. m. b. H. zu erhalten.

Die Fachausbildung des Werkstättenmannes

Von Professor Alfred Freund.

Wir haben den bekannten Fachmann von der höheren Maschinenbauhochschule Leipzig gebeten, zum Kapitel Fachausbildung und ihre Erweiterungsmöglichkeiten uns einige Ausführungen zu machen. Sein vorgeschlagener Weg ist ohne Zweifel als richtig zu bezeichnen. Aber die Erfüllung steht noch aus. Es darf aber keine Zeit verloren gehen. Da hat nun die Gewerkschaftsbewegung mit ihren Fachkursen eingegriffen, die sich größter Beliebtheit erfreuen. An anderer Stelle dieses Blattes führen wir unseren Kollegen einige Programme solcher gewerkschaftlicher Fachkurse vor.

Zweifellos wird die Leistungsfähigkeit des qualifizierten Arbeiters gehoben, wenn er die Probleme seines Fachgebietes zu überblicken vermag. Die Zeiten eines unbedenklichen schematischen Arbeitens ohne Mitarbeit der Verstandeskraft sind vorüber und die Jahre der Fortbildungspflicht, die sich der Volksschulpflicht für jeden Menschen anschließen, bieten nicht mehr lediglich eine Wiederholung und evtl. Erweiterung des in der Volksschule aufgenommenen Wissensstoffes, sondern vermitteln mit der Menschenbildung eine gewisse Fachbildung. Es ist nicht Aufgabe dieser Darstellung zu untersuchen, ob der Wirkungsgrad der heutigen fachlich gegliederten Fortbildungsschulen in Richtung auf die Fachbildung gehoben werden könnte oder nicht. Entsprechend dem Alter der Fortbildungsschüler, also dem Alter von etwa 14-18 Jahren, liegt ein gewisser Zwang zur Beschränkung auf das allererstenstufe der technischen Praxis vor, die Förderung des Verständnisses der einfachsten Vorgänge der technischen Produktion. Die Arbeiter, die als Qualitätsarbeiter angesprochen werden wollen, erkennen deshalb sehr bald noch im höheren Alter, daß auch die Bildung der gewerblichen Fortbildungsschule nicht ausreicht, um ihr Bedürfnis nach Erkenntnissen im Rahmen ihres Faches zu befriedigen. Deshalb wurde die Gewerbeschule ausgebaut, die teilweise an Stelle der Fortbildungsschule trat, teilweise aber auch als Fortsetzung der gewerblichen Fortbildungsschule ausgebaut wurde, und zwar so, daß der freiwillige Besuch weit über das 18. Lebensjahr ausgedehnt werden konnte. Diese Einrichtungen haben zum Teil, d. h. soweit hervorragende Fachleute sich in den Dienst der Arbeiterausbildung stellten, bedeutende Ergebnisse gehabt. So mancher fähige Arbeiter besuchte die Fachschule vom 14. bis zum 24. Lebensjahre und hob sich bezüglich seiner Kenntnisse und Fähigkeiten schließlich soweit aus dem Rahmen der Allgemeinheit heraus, daß er in eine führende technische Stellung übertreten konnte. Und doch kann diese Form der Ausbildung der Facharbeiter nicht die endgültige sein, zumal im Rahmen des gesamten Unterrichtswesens dieser Ausbildungsgelegenheit kein eigentlicher feststehender Platz eingeräumt ist. Es fragt sich deshalb, ob es eine Möglichkeit gibt, dem Bildungsbedürfnis der breiten Kreise der Facharbeiter über den Rahmen des bisherigen Gewerbeschulwesens hinaus gerecht zu werden.

Die Gewerbeschulen haben in einzelnen Fällen sogenannte Werkmeisterkurse eingerichtet, die jeder tüchtige Facharbeiter in den Abendstunden, also während der arbeitsfreien Zeit besuchen kann. Ich halte es für bedauerlich, daß diese Kurse als ausgedehnte Werkmeisterkurse geführt werden, weil man nicht eigentlich zum Werkmeister ausgebildet werden kann, wenigstens nicht in dem Alter, in welchem im allgemeinen diese Kurse besucht werden, also im Anschluß an die vollendete Fortbildungsschulzeit von 18-21 Jahren. Die Tätigkeit des Werkmeisters erfordert nicht nur Kenntnisse und Fähigkeiten beruflicher Art, sondern vor allen Dingen Charakteranlagen, gewisse Führereigenschaften, die sich erst in einem reiferen Alter so entwickeln können, daß der Betreffende gern als Führer der Werkstatt anerkannt wird und dementsprechend seine Aufgaben auch wirklich lösen kann. Es ist nicht gut, einem 20- oder 21jährigen ein Zeugnis in die Hand zu geben, aus welchem hervorgeht, daß er eine Werkmeisterprüfung abgelegt hat, oder daß er sich zum Werkmeister eignet. Solche junge Leute drängen nun, vielfach aus einem gewissen Ehrgeiz heraus, nach Stellungen, die ihnen noch nicht zukommen. Würde man

solche Fachabteilungen nicht als Werkmeisterabteilungen, sondern als Betriebsfachschulen oder ähnlich bezeichnen und natürlich auch dementsprechend ausbauen, so würde damit der junge Mensch, der solche Fachabteilungen verläßt, für sich noch nicht das Recht auf eine Werkmeisterstellung herleiten können, — dieses Recht muß er sich erst durch seine Charaktereigenschaften hinzuerwerben —, sondern es würden diese Abteilungen ganz allgemein von all denen besucht werden können, die den Drang in sich verspüren, den Produktionsprozeß in seiner ganzen Tiefe und Breite zu verstehen und im Rahmen dieses Produktionsprozesses schöpferisch mitzütätig zu sein.

Solche betriebstechnische Fachkurse müßten jedoch so organisiert werden, daß sie zwar zunächst nach 2 oder 3 Jahren einen gewissen Abschluß geben, jedoch dann auslaufen in Sonderkurse, die nicht nur von jungen Menschen, sondern von jedem älteren Werkstättenmann benutzt werden können, der sich über ein Sonderfachgebiet ein tieferes Wissen aneignen möchte. Die beste Lösung scheint die zu sein, daß die freien Fachkurse für ältere Facharbeiter in den in Frage kommenden Fachschulen gehalten werden, aber unter Mitwirkung der evtl. am Orte bestehenden freien Akademien oder Volkshochschulen, so daß diese Kurse auch nach der allgemeinen bildenden Seite erweitert werden können. Ebenso soll man die wertvollen Kräfte der Gewerkschafts-, Genossenschafts- usw. Bewegung in diese Kurse mit einbeziehen. Jedenfalls würde dadurch der bestehende Mangel an fachlichen Fortbildungsmöglichkeiten z. T. behoben werden können.

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Facharbeiterschaft Volkshochschulkursen mit Mißtrauen begegnet. Dieses Mißtrauen hat eine gewisse Berechtigung, so weit es sich um geschichtliche und volkswirtschaftliche Fächer handelt. Es eignet sich nicht jeder Lehrer dazu, politische Gesichtspunkte völlig auszuschalten. Es kann auch kein Mensch dafür eintreten, daß er sich mit seinen Erörterungen nicht zu sehr durch den Gesellschaftskreis beeinflussen läßt, in dem er aufgewachsen ist. Wenn auch die Wissenschaft als solche möglichst voraussetzungslos arbeiten soll, so läßt sich eine Beeinflussung der gekennzeichneten Art nicht völlig ausschalten. Es wird die Aufgabe der Organisatoren derartiger Veranstaltungen sein, sowohl in der Themenwahl als auch in der Stoffbehandlung jedem berechtigten Mißtrauen zu begegnen. Es kommt in erster Linie überhaupt darauf an, dem Bildungsbedürfnis, welches zweifellos in der Facharbeiterschaft vorhanden ist, die nötige Nahrung zuzuführen, da schließlich jeder Mensch das Recht auf die Bildung hat, die er erstrebt. Ergänzt man die reinen Fachkurse durch literarische Vorlesungen und durch geschichtliche Darstellungen volkswirtschaftlicher Probleme, so ist m. E. vieles geschehen, um der Facharbeiterschaft zu helfen.

Sehr wesentlich für die Fachbildung des Qualitätsarbeiters ist auch, daß ihm eine Literatur zur Verfügung steht, die er mit Erfolg zu lesen vermag. Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Dienerscheinungen auf dem Gebiete der Fachliteratur erleben dürfen, die dem Bedürfnis der Facharbeiterschaft weit entgegenkommen, und es scheint mir, daß es eine Aufgabe der Arbeiterorganisationen ist, diese Literatur zielbewußt zu erkennen und den Facharbeitern zugänglich zu machen. Daß die Facharbeiter in die Lage versetzt werden, auch schwierigere Fachdarstellungen lesen zu können, ist eine Aufgabe schulischer Ausbildung, die nicht immer so, wie sie es verdient, im Vordergrund der Ausbildung steht. Es scheint mir eine der wichtigsten Aufgaben der Ausbildung eines Facharbeiters zu sein, daß man ihn in die Lage versetzt, selbst zu lesen, also nicht nur Gehörtes zu verstehen, sondern durch Selbststudium das Gehörte zu erweitern. Um das zu erreichen, bedarf es jahrelanger Arbeit, da es sich um ein Endziel handelt, nämlich um das Endziel, den einzelnen im Produktionsprozeß stehenden Menschen zu befähigen, aus sich heraus seine Bildung zu erweitern.

Der Anspruch stütze sich darauf, daß die Hugo-Stinnes-G. m. b. H. Ende 1924 für die Gesellschaft ein weitgehendes Produktionsprogramm entworfen und die Bereitstellung der dafür benötigten Mittel zugesagt hatte.

Dr. Edmund Stinnes hatte als Prokurist der G. m. b. H. diese Aufgabe gemacht und war Besitzer von 4,2 Millionen des Aktienkapitals der Aga. Versuche des Herrn Kommerzienrats Manasse, eine Sanierung des Werkes nach dem Stinneschen Zusammenbruch auch nur anzubahnen, wurden von den Banken zurückgewiesen, ohne daß von den maßgebenden Bankseite auch nur in eine sachliche Prüfung eingetreten worden wäre.

Die Bankwelt fragt also weder nach dem Schicksal eines arbeitsfähigen Werkes noch nach dem Schicksal der Arbeiterschaft. Aus persönlichen Motiven muß sie aufs Pflaster fliegen.

Interessant dabei ist, daß der sozialistische Mäntelwalb ausnehmend ruhig über diese „Tätigkeit“ der Banken ist. Dagegen belächelt man eben den Klassenkampf auf Silspanatofeln. Und doch ist die Bankwelt für die Arbeiterschaft ein viel gefährlicherer Gegner als das industrielle Unternehmertum.

Rundschau

Tarifvertrag und Wertvereinbarung

Je stärker sich die Arbeitgeber fühlen, um so mehr ringt aus ihren Reihen die Ablehnung von Tarifverträgen, die mit den Gewerkschaften abgeschlossen werden müssen, und das Verlangen nach Wertgemeinschaften und Haustarifen.

Diesen Bestrebungen muß die Arbeiterschaft den stärksten Widerstand leisten. Immer ist zu beachten, daß Wertvereinbarungen etwas anderes sind als Tarifverträge. Wertvereinbarungen sind z. B. die Arbeitsordnung, Strafordnung, Uebereinkommen des Arbeitgebers mit der Betriebsvertretung oder der Belegschaft über Fragen, die entweder völlig außerhalb oder innerhalb eines bestehenden Tarifvertrages liegen; aber sie dürfen und können keinen Tarifvertrag ersetzen.

Was bei solchen Wertvereinbarungen nicht alles möglich ist, sei aus zwei Fällen dargelegt. Im Welbeter Gebiet erklärte vom Schlichtungsausschuß, der in einem durch die Gewerkschaften veranlaßten Schiedspruch eine gute Lohnerhöhung ausgesprochen hatte, der Arbeitgeber: „Im Auftrage meiner Wertgemeinschaft lehne ich die Lohnerhöhung ab!“

Betriebsräte sind keine Händler!

Die Aufgaben der Betriebsräte sind im Paragraph 66 des Betriebsrätegesetzes näher festgelegt. Leider betätigen sich manche Betriebsräte auf Gebieten die fernab von ihren Aufgaben liegen. Damit aber werden sie Saboteure des Betriebsrätegesetzes und liefern den Unternehmern Material zur Bekämpfung des Gesetzes.

Der Bedarf an Geld

Die Geldsurrogate Von Dr. W. Kupper

Der Geldbedarf der Wirtschaft kann, wie wir gesehen haben, von dem staatlichen Währungsgeld und dem sich darauf aufbauenden Geldsystem nur zu einem äußerst geringen Teil befriedigt werden. So kommt es, daß das Währungsgeld praktisch auch weit mehr die Rechnungsgrundlage der größten Zahl aller Forderungen darstellt, während der Zahlungsausgleich gewöhnlich in Spikenzahlungen erfolgt, d. h. die verschiedenen auf Währungsgeld lautenden Forderungen gegeneinander aufgerechnet werden, und nur der Rest in bar zur Auszahlung kommt.

An der Spitze der Geldsurrogate stehen dem Alter nach der Wechsel und die Anweisung. Beides sind Schuldurkunden, die gewöhnlich, jedenfalls beim Wechsel, aus einem Kreditgeschäft hervorgegangen sind, und dadurch, daß sie beliebig übertragbar sind (gibt werden können) anstatt Geld zu Zahlungen verwendbar werden. Betrachten wir zunächst den Wechsel. Er ist entstanden, wahrscheinlich um die Zeit des ersten Kreuzzuges in Italien, angenommen von der Wirtschaft des Mittelalters aus Gründen der Zweckmäßigkeit.

Betriebsrat gesucht größeren Werkes mit Beziehungen für den Absatz guter Herren-Kleidung. Altingesührtes Haus bietet hierdurch höchste Verdienstmöglichkeiten. Offerten unter Chiffre U. 1541 an Rudolf Mosse, Charlottenburg, Kantstraße 34.

Mit diesem Inserat im Zentralorgan der „Klassenbewußten Arbeiterpartei“ werden Betriebsräte zur Übernahme von Herren-Kleider-Handlungen gegen „höchste Verdienstmöglichkeiten“ aufgefordert. Der „Vorwärts“ sollte sich schämen, den Unternehmern auf solche Weise den Kampf gegen die Betriebsräte leicht zu machen.

Ein Musterbetriebsratsobmann!

Bei der Firma Maxos-Schmirgelwerken (Betrieb Hanau am Main) wurden auf den 5. November 1925 einige Arbeiter entlassen, worunter sich auch zwei Verheiratete befanden; einer davon gehörte dem Christlichen Metallarbeiterverband an. Die Verbandsleitung in Offenbach a. M. klagte im Auftrage des Kollegen nach Paragraph 84 des B.R.G. auf unbillige Härte, nachdem der Arbeiter sofort beim Betriebsobmann Wischmann Einspruch gegen seine Entlassung erhoben hatte, als sie ihm zugestellt wurde.

Sozialpolitik

Verwaltungskosten der Sozialversicherung

Ueber die Höhe der Verwaltungskosten bei öffentlichen Behörden und Anstalten wird seit Jahren lebhaft Klage geführt. Wohl man dagegen der einzelnen Sache nach, so ergibt sich häufig die Unrichtigkeit der aufgestellten Berechnung über die Höhe der Kosten.

Auch die Sozialversicherung wird immer und immer wieder verdächtigt, den größten Teil der Einnahmen durch die Verwaltung zu verbrauchen. Es kann wohl vorkommen, daß irgend eine Verwaltung mal teurer wirtschaftet wie eine ähnliche Behörde, aber man sollte gerechterweise auch hier nicht alle über einen Kamm scheren.

Die Verwaltungskosten bei der Landesversicherungsanstalt Westfalen z. B., welcher rund 800 000 Versicherte in Westfalen angehören, hat seit Jahren den niedrigen Stand der Verwaltungskosten. In der Inflationszeit war dieser Zustand schwerer erkennbar. Für das kommende Geschäftsjahr rechnet die Landesversicherungsanstalt Westfalen mit einem Gesamt-Etat von 40 Millionen Mark. Die Verwaltungskosten einschließlich der ärztlichen zahlreicheren Gutachten betragen 4,24 Prozent der Beitragseinnahmen.

Die Kritik über hohe Verwaltungskosten, die allgemein noch heute vielfach erhoben wird, indem behauptet wird, 80 Prozent der Beiträge seien für die Verwaltung — sind daher vielfach ungerecht, wirken verzögernd, ohne auch nur den geringsten Vorteil zu bringen.

Internationale Wohnungsbau-Gesellschaften

Genau wie in Deutschland, leidet auch Frankreich unter der Wohnungsnot. Mit amerikanischer Hilfe will man arbeiten und mit amerikanischen Erfahrungen verspricht man sich von diesem System

gute Erfolge. Die Gesellschaft, die nach amerikanischer Methode arbeiten will, hat den Namen „Le Credit Banco-Americain“. Das eingezahlte Grundkapital beträgt 20 Millionen Franken. Ein bekannter amerikanischer Finanzmann und Wirtschaftler ist Präsident der Gesellschaft; außerdem ist der Präsident der englischen Handelskammer in Paris eines der Aufsichtsratsmitglieder. Syndikus der Gesellschaft ist der frühere Kabinettschef von Herriot. Die Gesellschaft will nun in folgender Weise den Häuserbau in Frankreich, vor allem in Paris, fördern.

Branchenbewegung

Schmuckwarenindustrie

Der Arbeitgeberverband für J. rhein und Umgebung hat den Tarifvertrag für die Schmuckwarenindustrie vom 29. 5. 25 mit Wirkung vom 1. 1. 26 ab gekündigt. Die Herren Arbeitgeber haben vom letzten Tarifschluß noch verschiedene Schmerzen, die ihnen damals nicht gestillt werden konnten. Nach ihrem damaligen Tarifvertragentwurf sind da noch zu nennen: Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden (Beseitigung der Ueberstundenzuschläge), Beseitigung des Urlaubs für die gewerbliche Arbeiterschaft, mögliche Einschränkung des Einflusses der Betriebsräte.

Eine Forderung von dem, was die Arbeitgeber im neuen Tarifvertragsentwurf wollen, gibt uns ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes an die Gewerkschaften vom 20. November in dem unter anderem folgendes geschrieben steht:

Zum Gedächtnis Vater Kolpings

(† 4. Dezember 1865). Aus seinen Sprüchen:

- Jeder soll tüchtig zu sein streben in seinem eigenen Stande; das hebt den Stand und fördert seine Mitglieder. Was du aus dir machst, das bist du; was du bist — nicht was du zu sein meinst — das giltst du bei andern Menschen. Tüchtigkeit und Tugend werden von aller Welt im Herzen respektiert. Wer einst etwas Tüchtiges sein will, muß bei Zeiten sorgen, etwas Tüchtiges zu werden. Alle Welt fordert von dir, daß du in deinem Stande und Geschäfte tüchtig bist. Jeder Arbeiter trägt das reichste Kapital in sich selbst. Das soll er eifrig vermehren und weise anwenden. Mühe und Benütze alles, was dich zum Guten führen kann. Viele Menschen gehen an ihren Verhabereien zugrunde. Deshalb bewache schärf deinen Zeitvertrieb. Der Verein soll wie eine Familie betrachtet werden. Jedes Mitglied der Familie hat die Pflicht, die Ehre und Wohlfahrt der Vereinsfamilie zu bewahren und zu fördern. Du sollst mit Eifer darauf bedacht sein, nach Kräften alles vom Verein fern zu halten, was demselben Schaden und Nachteil bringen könnte. Die Ehre der einzelnen Mitglieder macht die Gesamtehre des Vereins aus. Verleugne deine Mitgliedschaft nie, wo man ein Recht hat, danach zu fragen; aber führe dich überall so auf, daß eheliche Leute in dir den Verein respektieren müssen.

Summe an den Ueberbringer der Urkunde auszusprechen enthalten mußten, erfreuten sich bald einer großen Beliebtheit. Da nun an den verschiedenen Plätzen gewöhnlich verschiedene Geldsorten herrschten, und der Ausstellung, der Anweisung, der Weg ein „Umschleusen“ vorangehen mußte, bürgerte sich zu Bezeichnung derselben im Laufe der Zeit die handelsmäßige Abkürzung „Wechsel“ ein. Wie sich ein Wechsel zur damaligen Zeit aussehete, ist in der bekannten Darstellung von Döbner angeführt, aus der hier folgendes Beispiel entlehnt werden soll:

„Zahlet gegen diesen ersten Brief vom 9. Oktober an Lucas von Goro 45 Pfund. Sie sind der Gegenwart der Summe, welche ich von Masio Reno empfangen habe. Zahlet zur rechten Zeit und stellt die Summe auf meine Rechnung. Christus behüte Euch! Bonromeo von Bonromeo.“

Die Entwicklung des Wechsels kennt in der Folgezeit viele Abstufungen, beginnend mit dem Wechselabkommen zwischen Hamburg und Brabant im Jahre 1215 auf Grund dessen der Wechsel über den nationalen Wechselverkehr „zahlbar an einem Wechplatz zur Mezzzeit“ hinausging bis ins Ausland, sich ausdehnend über die Wechselordnung von Hamburg aus dem Jahre 1603, über den großen Aufschwung des Wechselverkehrs im 19. Jahrhundert, in dessen Folge 1848 ein allgemeines Wechselrecht im deutschen Zollverein beschlossen, und von der Nationalversammlung zum Reichsgesetz erhoben, und 1871 mit einigen Nachträgen aus den Jahren 1858 und 1861 als „Allgemeine Deutsche Wechselordnung“ dem neuen Deutschen Reich ebenfalls zum Reichsgesetz gemacht wurde. Die letzte Etappe war das Haager Abkommen, dem kurz vor dem Kriege Deutschland mit 26 andern Ländern beitrug, um eine internationale einheitliche Wechselordnung ins Leben zu rufen. Diese Regelungen waren für die Wirtschaft unaussprechbar, zumal der Wechsel nicht allein darauf beschränkt blieb, im Inland Träger des Produktinkredits und nach Aufkommen des Uebertragungsvermerks (Giro) ein Hauptzahlungsmittel der Wirtschaft zu werden, sondern darüber hinaus den Rang eines internationalen Verkehrsmittels einzunehmen begann, welches zu einem ausschlaggebenden Faktor des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs wurde. Dazu kommt, daß der Wechsel nicht nur Zahlungsmittel, Zahlungsmittel und der Ausdruck eines erteilten Kredits ist, sondern auch selbst ein Objekt der Krediterteilung darstellt. Gerade diese Eigenschaft ist es, welche ihm die große Beliebtheit und schnelle Einbürgerung in der Wirtschaft verliehen hat. Der Wechselgläubiger kann gegen ein geringes Entgelt schon vor dem Verfalltag denselben zu barem Geld machen, indem er ihn bei einer Bank „diskontieren“

läßt. Das heißt: Der Wechsel wird von seinem Inhaber einer Bank zum Kauf geboten und, wenn er kreditwürdig erscheint, gegen einen geringen Prozentsatz von der Bank übernommen. Jeder gute Handelswechsel, den ein Wirtschaftssubjekt in Zahlung nimmt, kommt demnach barem Gelde gleich, und kann als dessen vollendetes Ersatzmittel seinen Kreislauf durch einfachen Uebertragungsvermerk auf der Rückseite (auf dem Rücken in desso = Indossament) vor dem Verfall durch viele Wirtschaften vollenden, wobei jeder auf der Rückseite aufgeführte neue „Girant“ (d. i. der jeweils letzte Besitzer) für die Sicherheit des Wechsels mit allen Vorgängern haftet.

In der Praxis unterscheidet man nun zwei Arten von Wechseln: 1. denjenigen, nach welchem der Aussteller desselben einen Dritten beauftragt, für ihn eine Zahlung zu leisten — d. i. dann der „gezogene Wechsel“ auch „Tratte“ genannt, und 2. einen solchen, wo jemand bei Fälligkeit selbst eine Zahlung leisten will, in welchem Falle man von einem „eigenen“ oder „Sola-Wechsel“ spricht. Am gebräuchlichsten ist der gezogene Wechsel. Sind Ausstellungs- und Zahlungsort die gleichen, so handelt es sich um einen „Platzwechsel“, im andern Falle um einen „Distanzwechsel“. Ist derselbe schließlich an einem anderen Orte zahlbar, als dort, wo der Wechselsteller wohnt, so nennt man ihn „Domizilwechsel“. Um dem Begriffe nach „Wechsel“ zu sein, sind nun verschiedene Merkmale zu erfüllen: Die Bezeichnung Wechsel im Text, die Angabe der zu zahlenden Geldsumme, der Name dessen, an welchen die Summe bezahlt werden soll (Remittent genannt) die Zeit der Zahlung, die Unterschrift des Ausstellers (Trasant), die Angabe von Ausstellungs-Ort, Tag und Jahr, der Name desjenigen der die Zahlung leisten soll, der Name also, der auf die rechte Seite des Wechsels seinen Namen niederzuschreiben muß, damit der Wechsel zum Akzept wird, d. h. der „gezogene“ wechelmäßig verbrieflicht wird, und die Angabe des Zahlungsortes. Wenn nun ein Wechselgläubiger A mit einem Wechsel an einen B weiter verkaufen will, so kann er ihn durch den auf der oberen Rückseite des Wechsels direkt unter der Stempelmarke anzuweisenden Uebertragungsvermerk (Indossament). Für mich an die Ordre des A“ und darunter sein Name, ohne weiteres anordnen, den Wechsel also zum Umlaufsmittel machen. Der letzte Besitzer steht denselben am Verfalltag ein (legt ihn zum Inkasso vor) und schreibt darunter „Bezahl!“ Damit ist der Wechsel erledigt. Kann der Schuldner seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, so erwidert der „gerichtliche Wechselprotest“ dessen Verurteilung bereits hinreichend. Wie auch der Wechselverkehr unserer Zeit im Jahre 1909 mit einer Zahl von 5 221 025 Wechseln in einem Betrage von 10 849 Millionen Mark an der Wirtschaft beteiligt war.

fehlt in Ihnen geeignet erscheinender Weise darauf vorbereiten werden, daß der neue Vertrag dem tiefen Ernst der gegenwärtigen Wirtschaftslage weitgehend Rechnung tragen muß.

Wir kommen dem Wunsche des Arbeitgeberverbandes hiermit nach und hoffen, daß unsere Mitglieder und die Unorganisierten die richtige Schlussfolgerung daraus ziehen und unseren Christlichen Metallarbeiterverband als wirksame Interessenvertretung zu stärken befreit sind.

Die Bezahlung der Rotearbeiter

Nach monatelanger Arbeit ist es unserem Verbands gelang, am 8. November am Landgericht Dortmund eine Entscheidung herbeizuführen, nach der die Rotearbeiter, die laut Schiedsspruch vom 5. Februar 25 eine achttündige Arbeitszeit erhielten, der in der Lohnordnung festgesetzte Schichtlohn zu zahlen ist.

Dem ist nicht so. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter gönnt uns anscheinend diesen Erfolg nicht und versucht auf die verschiedenste Art, seinem Verger Luft zu machen.

Warum denn so aufgeregt? Vielleicht, weil der christliche Metallarbeiterverband nicht schreibt, auch der Gewerksverein hat etwas für die Rotearbeiter getan.

Nachfolgend eine Gegenüberstellung von Ausführungen des „Bergknappen“, vor und nach der Entscheidung in Dortmund:

Barher: Der „Bergknappe“, Nr. 15, vom 7. 11. 25, schreibt u. a.: „Es wurde als selbstverständlich angesehen, daß die Rotearbeiter für die achttündige Schichtzeit auch den vollen Lohn erhielten. Das war aber nicht der Fall. Die Bergbauunternehmer haben willkürlich Abzug von diesem Lohn gemacht. Wir haben an den einzelnen Berg-Gewerbetreibenden schon vor einem halben Jahre wegen dieser widergesetzlichen Maßnahme der Unternehmer Klage angehängt. Bis heute haben sich die Berggewerbetreibende noch zu keinem entscheidenden Urteil aufschwingen können. In aller Deutlichkeit müssen wir gegen ein solch habnebenehendes Verhalten der Berggewerbetreibende protestieren. Wir verlangen von der Aufsichtsbehörde, daß sie energig gegen ein derartiges Verhalten einschreitet.“

Was ist Wahrheit? Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Gewerksverein die angeführte Summe eingeklagt und durchgesetzt hat. Die Frage ist nur, in welcher Streitsache. Nach dem „Bergknappen“ Nr. 15 kann es sich um keine Klage handeln, durch die die Bezahlung der Rotearbeiter, die den Achttünderentag auf Grund des Schiedsspruches vom 5. 2. 25 erhielten, geregelt wird.

Wie verhält es sich nun mit dem vom Gewerksverein erbetenen Material. In einer am 4. Mai stattgefundenen Konferenz aller am Tarifvertrag für den Bergbau beteiligten Organisationen bestand Einmütigkeit daß Klage gegen den ungerechten Abzug erhoben werden sollte. Auf Grund dieser Stellungnahme war es für uns selbstverständlich, daß wir uns erkundigen, ob irgendwelches Material über diesbezügliche Prozesse bereits vorliege.

Auch wir hoffen unterdessen, daß der Gewerksverein die Agitationsmethoden, wie sie wiederum am Sonntag, den 29. November, vorgenommen sind, in Zukunft verhält. Diese Art der Agitation ist nicht geeignet, das Ansehen der Arbeiterschaft zu heben, besonders nicht das der christlichen Gewerkschaften.

Aus der Solinger Rasiermesserindustrie

Die Krise in der Solinger Schneidwarenindustrie wird durch die Massenherstellung minderwertiger und billiger Waren zu einer Dauerkrise. Die billigen Stahlwaren werden vielfach in einer Aufmachung hergestellt, die sie oft durch einen Fachmann kaum von der Qualitätsware zu unterscheiden sind.

organisierten Arbeiter in der Rasiermesserindustrie haben sich durch ihre Gewerkschaften seit Jahren gegen diese Entwicklung gewehrt. Schon im Jahre 1921 wurde von den Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitgebern, welche Qualitätsware herstellten, versucht, eine Vereinbarung zu treffen, welche zwar nicht die Herstellung von Besseren Rasiermessern bezahlte, sondern eine Aufmachung verlangte die auch dem Laien gestattete, ein Qualitätsmesser vom minderwertigen Messer zu unterscheiden.

Nach Eintritt der Wirtschaftskrise beschloßen die Gewerkschaften zu Anfang des Jahres 1925 die Angelegenheit erneut aufzurufen und luden am 18. März d. J. zu einer öffentlichen Protestversammlung Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde in Verbindung mit der Handelskammer am 4. November 1925 folgendes Abkommen vereinbart:

- 1. Gegenstand der folgenden Richtlinien sind Rasiermesser, die aus Stahl mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,60 Prozent und weniger hergestellt sind.
2. Rasiermesser dieser Art — im allgemeinen Bessere Rasiermesser genannt — dürfen nicht mit einer unrichtigen Beschaffenheitsangabe versehen werden.
3. Die in Paragraph 2 genannten Verbote und Bestimmungen finden auch Anwendung auf die mittleren und unmittelbaren Um-

hüllungen und Verpackungen, sowie auf die Anpreisungen aller Art (in Musterbüchern, Anzeigen usw.) der in Paragraph 1 genannten Waren.

- 4. Die in Paragraph 1 gekennzeichneten Rasiermesser dürfen in 7/8 Breite nicht unter 3 1/2 Zoll in 6/8 Breite nicht unter 3 Zoll in 5/8 Breite und schmaler nicht unter 2 1/2 Zoll hohl geschliffen werden.

5. Die in Paragraph 1 gekennzeichneten Rasiermesser dürfen nicht als Plattermesser und auch nicht mit buntem Rücken hergestellt werden. Sie dürfen nur in ordinar blauer Qualität angefertigt und nicht schön, sondern nur fein und blau geputzt werden.

6. Rasiermesser, der in Paragraph 1 gekennzeichneten Art dürfen nicht mit feinsten Stoffen wie Elfenbein, Perlmutter, Schildpatt usw. verbunden werden, auch dürfen sie keine auf galvanische Wege angebrachte Verzierungen tragen.

Leider sind nicht alle Wünsche der Gewerkschaften in bezug auf die Veränderung der Schundware erfüllt worden. Das liegt zum großen Teil an der Haltung des Arbeitgeberverbandes, welcher sich offiziell an der Sache nicht beteiligt hat, weil er angeblich sich sachungsgemäß nicht mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt. Hoffentlich hat der von der Handelskammer geplante Verband zur Bekämpfung des untauglichen Wettbewerbes in der vorgenannten Vereinbarung eine gute Stütze.

Bekanntmachung

Am Sonntag, den 13. Dezember, ist der 51. Wochenbeitrag fällig.

Alle Ortsgruppen, die Unterrichtskurse abhalten, werden gebeten, ein Programm des Kursus umgehend der Redaktion des Verbandsorgans zuzusenden. Auch die Programme von Kursen, die gemeinsam mit dem Kartell oder dem D.G.B. gemacht werden, sowie von Fachkursen sind zu übersenden.

Kartelle, Großindustrie und Preisabbau

Daß die Preisentkennung der Regierung noch irgend einer Zeit unterbreitet sei, wird sicher kein Konsument behaupten. Im Zusammenhang mit dem Preisabbau steht die Frage der Wirksamkeit der Kartelle und welcher Spielraum für Preisbeeinflussung bei der Macht der Kartelle überhaupt offen steht.

Kartelle im volkswirtschaftlichen Sinne haben den wesentlichen Zweck, für diejenigen Waren, auf die sie sich beziehen, einen höheren Preis zu erreichen, als er ohne das Kartell erreichbar wäre, und so erscheint es auf den ersten Blick sinngemäß, wenn man Preise senken will, sich auf diesem Gebiete zuwenden.

Unter dieser Voraussetzung bildet der „Weltmarktpreis“, d. h. derjenige Preis, zu dem die jeweils betrachtete Ware vom Ausland frei Grenze unverzollt angeboten wird, den großen Negulator des innerschwirtschaftlichen Preisniveaus.

Umgekehrt ist der höchste Preis, den eine Inlandsware normalerweise auf die Dauer und im Durchschnitt erreichen kann, der Auslandspreis plus Fracht.

Zwischen diesen äußersten Grenzen, deren Abstand offenbar bei den verschiedenen Waren und Warengruppen außerordentlich verschieden ist, liegt also die Möglichkeit, durch kartellistische Maßnahmen der Wirtschaft preisverteuernd, und entsprechend durch antikartellistische Maßnahmen der Regierung preisverbilligend zu wirken.

Im übrigen sind hierbei offenbar noch zwei Punkte wesentlich, nämlich einerseits die Bedeutung der betreffenden Ware innerhalb des Grenz der Volkswirtschaft und andererseits die kartellistische Organisationsfähigkeit des betreffenden Erzeugungszweiges.

Diese kartellistische Organisationsfähigkeit wird um so stärker in Anspruch genommen, je größer der Spielraum ist, den im übrigen das betreffende Kartell bei seiner Preispolitik ausnutzen kann und will. Denn je höher der erzielte Überpreis, desto größer der Reiz der Außenwirtschaft, sei es durch Ausprägung aus dem Kartell, sei es durch Gründung neuer kartellistischer Werke.

Diese Bedingungen der kartellistischen Organisationsfähigkeit treffen nun in besonders hohem Maße auf die Schwerindustrie, insbesondere auf die Erzeugung von Kohle und Eisen, zu, wo die Zahl der in Frage kommenden Firmen im Verhältnis zu dem Umfang der Produktion außerordentlich gering und die Entstehung neuer Unternehmungen schon infolge des ungeheuren Kapitalbedarfs außerordentlich schwierig ist.

Und wie steht es nun mit der verhältnismäßigen Größe der Spanne, innerhalb deren durch kartellistische Maßnahmen der Preis beeinflusst werden kann, und die, wie oben nachgewiesen, von Fracht und Zoll in ihrem Verhältnis zum Preis abhängt?

Hier ist nun, was die Fracht betrifft, die ja doppelt (Plus und Minus) ins Spiel kommt, die Preispanne offenbar um so größer, je geringer der spezifische Wert und je höher also die Frachtrate im Verhältnis zum übrigen Preis ist.

Endlich wird beim Eisen, wo der durch die Frachtrate allein bedingte Preispielraum nicht mehr so hoch ist wie bei der Kohle, die nötige Ergänzung geschaffen durch den deutschen Eisenerz, der bei dem augenblicklichen Preisstand rund 10-25 Prozent des Wertes ausmacht.

Aus alledem ergibt sich, daß die Möglichkeit einer Steigerung des Preisniveaus bezüglich aller hierbei maßgebenden Faktoren auf dem Gebiete der Schwerindustrie in ganz ungleich höherem Maße vorliegt, als auf demjenigen der Fertigungsindustrie.

Dabei darf natürlich auch nicht vergessen werden, daß die sich Kartelle oder Syndikate nennenden Industrieverbände ja außer der Preispolitik auch noch eine ganze Anzahl anderer, großenteils volkswirtschaftlich durchaus positiv zu bewertender Funktionen haben, die natürlich um so stärker ins Gewicht fallen, je geringer im einzelnen Falle die Möglichkeit volkswirtschaftlich bedenklicher preissteigernder Einwirkungen ist.

Wer hieraus schließen wollte, daß eine auf Preisabbau gerichtete Kartellaktion einen volkswirtschaftlich irgendwie erheblichen Erfolg nur dann verbrähe, wenn sie sich die Kartelle der Schwerindustrie zum wesentlichen Zielpunkt wählte, der würde zwar logisch und volkswirtschaftslehre auf seiner Seite haben, aber sich von dem bisherigen Verlauf der Kartellaktion der Reichsregierung ertötet finden.

Erfichtlich sollen hiermit die Dinge, gegen die sich die Kartellaktion der Reichsregierung tatsächlich gerichtet hat, wie Gold- und Freibriefsklauseln oder übertrieben hohe Preise für Ziegelsteine, nicht verteidigt werden. Immerhin dürfte die Wirkung der Abstellung derartiger Schönheitsfehler auf den volkswirtschaftlichen Preispiegel kaum eine überhaupt meßbare Größe besitzen.

Demnach hängt die durchschnittliche Größe der frachtbedingten Preispanne auch noch ab von der durchschnittlichen Länge der Frachtereisenwege bis zur Grenze in dem betreffenden Lande. Auch aus diesem geschäftlichen Grunde bietet England einen besonders ungünstigen Boden für die Entstehung von Kartellen, Deutschland dagegen einen vergleichsweise günstigen.